

Der Politiker als Feind des Bürgers



Von CANTAL00P | In einer vollkommen neuen Qualität der Bürgerverachtung aus allerhöchsten Kreisen konfrontiert uns wieder einmal der grauenhafte Mordfall aus Kandel. Wie es schon zu vermuten war, gilt die größte Sorge der politisch Verantwortlichen, bis hin zur Ministerpräsidentin Malu Dreyer, nicht etwa den Opfern und deren Familien, sondern vielmehr finden die linken Kampfbegriffe wie „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rassismus“ wieder Anwendung. Nach jedem Mordfall an Einheimischen springen diese sorgsam einstudierten „Betroffenheitsrituale“, gewissermaßen als deutungspathologische Reflexe, sofort wieder aufs Neue an, sind jedoch an Eiskälte, Zynismus und Despektierlichkeit kaum zu übertreffen.

Sozialistische Nüchternheit umfängt die Indigenen – eine warme Willkommenskultur einen jeden Fremden. Selbst Provinzbürgermeister, wie jener Unsägliche aus Kandel, agieren zwischenzeitlich mit einer Abgebrühtheit gegenüber ihren eigenen Landsleuten, die einen nur noch erschauern lässt. Man muss als Autor und Bürger sehr an sich halten, um seinen negativen Gefühlen diesbezüglich nicht in einer anderen Form als der Publizistischen, Ausdruck zu verleihen.

Dieses in höchsten Kreisen geprägte Muster gilt seit geraumer Zeit gewissermaßen als Verhaltenskodex bis tief hinab in die Kommunal- und Provinzebene. Die vorgefertigten „Betroffenheits“-Textbausteine liegen bereits vorgefertigt in

jeder Amtsschublade. Man pflegt dort ein geheucheltes Mitgefühl bei gleichzeitiger „Besorgnis“ davor, dass endlich die wahren Verursacher dieser Zustände benannt – und vor allem auch zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Im Volk staut sich der Zorn auf. Gleichermaßen spüren dies viele der an den institutionellen Schalthebeln Sitzenden ganz genau. Somit gilt es dort zu handeln, um den gärenden Furor mittels „staatlicher“ Erziehungsmaßnahmen, speziell in Gestalt von aufbereiteten TV-Sendungen, wirksam einzubremsen.

Merkels „Schattenarmee“

Wer sich nun fragt, wie diese Zustände, in der Form, wie sie gerade vorherrschen, ermöglicht werden konnten, der wird sich mit den Hintergründen des taktischen Machterhalts beschäftigen müssen.

Die von Medien und linkem Establishment als „Heilsbringerin“ apostrophierte Kanzlerin hat mit ihren eigens dafür geschaffenen Strukturen die Grundlage für die obig angeführten Zustände erst ermöglicht. Indem sie, situativ abhängig, eine ganze „Phalanx“ von Helfern und Unterstützern in Medien, linken Parteien und Öffentlichkeit platziert hat, die ihr, in Anerkennung für zahlreiche Posten, Gefälligkeiten und sicher auch finanziellen Zuwendungen, stets eine willfährige Rückendeckung und milde Kritik gewährleisten.

Selbst dann, wenn man eigentlich glauben würde, dass sie von den dadurch erst erzeugten Missständen aus Amt und Würden gefegt werden könnte. Aber, wie auf wundersame Weise, geschieht nichts dergleichen. Keine moralische „Überlegenheit“, sondern vielmehr eine tiefe moralische und gleichsam „institutionalisierte“ Verkommenheit bis weit hinein in die linken und grünen Amtsstuben, gilt es hier zu konstatieren.

Keine essentiellen Reaktionen auf gravierende Ereignisse

In Regierungskreisen, also fernab jedweder Lebenswirklichkeit

– und auch weiter „unten“ in der Hierarchie -, wird bekanntlich erst dann auf gravierende Ereignisse reagiert, wenn es gar nicht mehr anders geht. Und selbiges geschieht dann zumeist symbolisch in Form von wohlfeilen Unverbindlichkeiten, die keinem weh tun. Vor allem nicht den „Zugewanderten“ muslimischer Provenienz, den Urhebern vielen Leides und Grausamkeiten, deren Wohlergehen unserer politischen Elite offenbar ganz besonders am Herzen liegt, aus welchen Gründen auch immer. Diese möchte man demzufolge auch weiterhin nicht etwa durch Kritik „erschrecken“ oder gar „verängstigen“. Auf die Opfer, speziell wenn es sich um „Biodeutsche“ handelt, nimmt man bekanntermaßen wesentlich weniger Rücksicht.

Wir kennen das zur Genüge. Taktisches Aussitzen. Im Grunde weiß man schon vorher, was die Kanzlerin und ihre soziologisch geschulten Sprachrohre an „Statements“ zur Situation abgeben werden, noch bevor sie es getan haben. Eine gewisse Berechenbarkeit ist dieser Situation bereits implizit. Gleichwohl duckt sich ein jeder, der imstande wäre, etwas daran zu ändern, geflissentlich weg, oder wird bereits medial geächtet.

Diese Erfahrung durfte auch unlängst Christian Lindner, seines Zeichens Chef der Liberalen, machen. Wer „aufmuckt“, wird eben bekämpft – auch mit unlauteren Methoden. Von Merkels „Schattenkriegern“, die, rekrutiert aus Redaktionsstuben, Lehrerzimmern und politischem Feuilleton, eifrig ihren Dienst an der „guten Sache“ versehen. In der derzeitigen präsozialistisch orientierten Phase der Bundesrepublik erstaunt dies in der Tat keinen mehr.

In Anbetracht dieser Tatsachen ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass unsere Staatslenkerin und deren Gefolge bis hinab in die entlegendsten Winkel der Republik fester im Sattel zu sitzen scheinen als je zuvor. Ereignisse, die Politiker eines jeden anderen Landes zu Rücktritt und Reue verpflichten würden, perlen an unserer Kanzlerinnen-Dynastie

ab, als wäre diese teflonbeschichtet. Ein einmaliger Vorgang in der jüngeren Geschichte. Es ist vielen Zeitgenossen durchaus noch bewusst, wie sich die Presse an Kanzlern wie Kohl oder zum Teil auch noch an Gerhard Schröder regelrecht „abarbeitete“. Ganz im Stile, wie sie es im Moment mit Mr. Trump praktiziert. Merkel und ihre Vasallen indes erfahren auffallend wohlwollende „Schonung“, abgesehen von sorgsam platzierter und wohl alleine der Quote geschuldeter Kritik.

Den Fokus auf die unterstützenden Strukturen richten

Ganz gleich, wie viele entsetzliche Verbrechen nach dem Muster von Kandel in naher Zukunft noch geschehen werden. Stets werden die gleichen, an den Parteien-Proporz gekoppelten Mechanismen anspringen – und an den wirklichen Ursachen wird sich nichts ändern. Dieser affirmative Rückhalt der linkskorrekten politischen Kaste, nicht nur in Teilen der Bevölkerung, sondern vielmehr auch in den von ihr selbst geschaffenen und zum Teil staatlich subventionierten Unterstrukturen, sichert kurz- bis mittelfristig deren Überleben.

Merkel wäre aufgrund ihres eklatant staatschädigenden Verhaltens schon seit geraumer Zeit in diesem Sinne „untragbar“ geworden. Aber sie und ihresgleichen werden höchstwirksam geschützt von den medial omnipräsenten „Schattenarmeen“. Diese gilt es fortan in den Fokus zu nehmen. Auch, um das zutiefst beschädigte Vertrauen der Bürger in Staat, Presse und Institutionen wieder herzustellen.